

WELCHE
PERSPEKTIVEN FÜR
LATEINAMERIKA?

RECHT AUF ALTERNATIVEN

Bereits im Sommer 1990 hat ein brasilianischer Befreiungstheologe in Zürich gesagt: «Die Zukunft Lateinamerikas ist es, keine Zukunft zu haben.» Wie kam es zu dieser ausweglosen Situation, die immer mehr Menschen verelenden lässt? Und ist es tatsächlich so, dass es zur «Kultur der Hoffnungslosigkeit» keine Alternative(n) gibt? Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler und Theologe Franz J. Hinkelammert hat sich kürzlich zu diesen Fragen in Freiburg geäußert.

Von Hubert Zurkinden

Zwei Entwicklungen prägen nach Hinkelammert die lateinamerikanische Realität: Erstens würden immer mehr Menschen vom regulären Wirtschaftsprozess ausgeschlossen und seien gezwungen, im sogenannten informellen Sektor (z.B. Strassenverkäufe) um das nackte Überleben zu kämpfen. In ganz Lateinamerika seien von diesem Ausschluss durchschnittlich 40 Prozent der Menschen betroffen.

Zweitens habe die Naturzerstörung ein solches Ausmass erreicht, dass die Grundlagen des Überlebens in Frage gestellt seien. Die Gründe für diese dramatische Situation liegen für Franz J. Hinkelammert, Mitarbeiter des Ökumenischen Forschungszentrums DEI in Costa Rica, in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 40 Jahre.

Noch vor nicht langer Zeit herrschte zwar in Lateinamerika Aufbruchstimmung. Die Industrialisierung in den 50er und 60er Jahren, den sogenannten Entwicklungsdekaden, führte vorerst zur Vermehrung von Arbeitsplätzen und zu einer verstärkten sozialen Integration. Diese Periode war nach Hinkelammert geprägt von der Hoffnung, durch Wachstum und Technik würden sich – ähnlich wie in westeuropäischen Ländern – die wirtschaftlichen und sozialen Probleme überwinden lassen. Und ähnlich wie in Westeuropa wurde versucht, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte durch einen demokratischen Konsens einzubinden.

Die Illusion des Wachstums

Doch bereits während den 60er Jahren beginnt der Zerfall dieses Prozesses. Durch die fortschreitende Technisierung der Industrie schreitet zwar das Wirtschaftswachstum weiter voran, gleichzeitig geht die Beschäftigung zurück. Im Landwirtschaftsbereich verdrängt die

Technisierung immer mehr ArbeiterInnen. Es kommt zu den bekannten Abwanderungen in die Städte, an deren Rändern riesige Slums entstehen. Gleichzeitig zerfällt auch das Modell des demokratischen Konsens. Es entstehen Militärdiktaturen, die gar nicht mehr versuchen, die sozialen Probleme zu lösen, sondern alle Kräfte (Gewerkschaften, Volksorganisationen, revolutionäre Bewegungen) bekämpfen und brutal niederschlagen, die sich gegen den zunehmenden Ausschluss wehren.

Zu Beginn der 80er Jahre wird die Krise durch die Verschuldung verschärft. Unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank wird Lateinamerika eine «Schuldenzahlungswirtschaft» aufgezwungen. Diese beiden Kräfte, Militärs und Internationale Finanzinstitutionen, diktieren nach Hinkelammert die Spielregeln der «neoliberalen» Politik, auch wenn die meisten Militärregierungen wieder durch zivile Regierungen ersetzt worden sind.

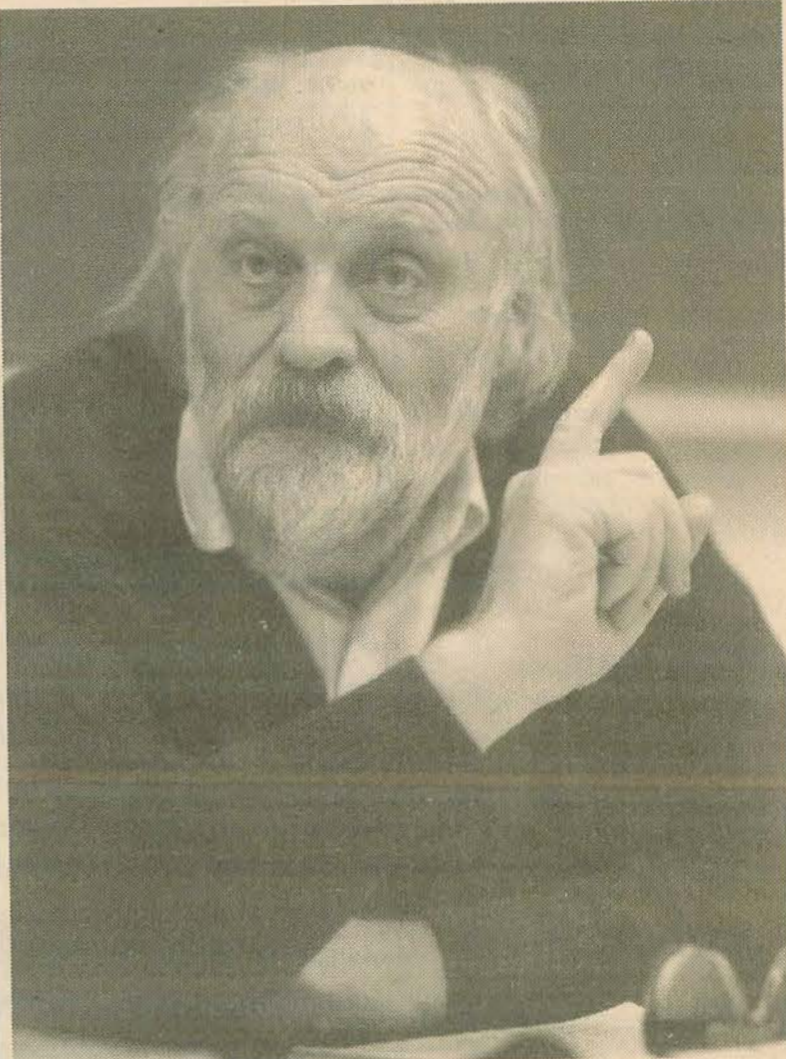
Kultur der Hoffnungslosigkeit

In den 50er und 60er Jahren galt der Glaube, dass Wirtschaftswachstum und Technisierung zur Humanisierung führen werden. Heute gilt mit den Worten von Hinkelammert: «Es gibt keine Alternative, es gibt nur Kapitalismus, nur das Marktgesetz.» Diese Kultur der Hoffnungslosigkeit wird nach Hinkelammert gezielt gefördert, da sie das System stabilisiert. Zu jenen, die diese Kultur der Hoffnungslosigkeit und damit die Stabilität des Systems stützen, zählt er auch religiöse Kreise fundamentalistischer Prägung. Sie setzen ihre Hoffnung auf eine Lösung nach der Katastrophe, durch ein wunderbares Eingreifen eines Erlösers oder die Auflösung der Probleme im Jenseits.

Hinkelammert vermutet, dass die Krise in Lateinamerika nicht nur eine regionale Krise, sondern eine weltweite sei. Weltweit werde immer deutlicher, dass der Glaube an die Humanisierung durch Wachstum und Technik gescheitert sei.

Alternativen sind tabuisiert

Was aber wären denn die Alternative(n)? Auch wenn es heute tabu sei, solche Dinge überhaupt zu sagen, nennt Hinkelammert auf diese Frage minimale Rahmenbedingungen, die zu erfüllen sind, wenn man die (globale) Krise lösen wolle: eine internationale Marktordnung, ei-



Franz J. Hinkelammert:
«Das Recht auf Alternativen zurückgewinnen»
Bild: Romano Riedo

ne internationale Preisordnung, eine Weltfinanzordnung, eine Umweltordnung und ein neues Verhältnis zwischen Markt und Plan. Gerade die letzte Forderung unterstreicht Hinkelammert mit dem Hinweis darauf, dass der Markt ohne Planung die Probleme nicht lösen könne, da die Logik des Marktes eine «Ausschlusslogik» sei. Darum sei zu fragen, welche Interventionen in den Markt es brauche, um diese Ausschlusslogik zu überwinden. Hinkelammert unterstreicht, dass solche Forderungen heute völlig tabu seien. Gegen alternatives Denken finde eine psychologische Kriegsführung statt. Alternativen sind für Hinkelammert das «Ergebnis einer Bewusstwerdung und eines sozialen Prozesses». Heute gehe es darum, «das Recht auf Alternativen» zurückzugewinnen, gegen die Tabuisierung Alternativen überhaupt zu denken wagen.

10 JAHRE SOCRI: SOLIDARITÄT IM ABSEITS?

Seit zehn Jahren besteht die «Christliche Solidarität mit Zentralamerika» (SOCRI), eine Untergruppe der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung (vgl. Aufbruch Nr. 27). Für die Gruppe war das ein Anlass, innezuhalten und zu einem Reflexionstag einzuladen. Der Titel der Tagung «Solidarität im Abseits?» verrät, dass auch die SOCRI, wie alle Solidaritätsbewegungen, in einer Krise steckt.

Nichts ist mehr wie vor zehn Jahren. Der revolutionäre Aufbruch in Nicaragua ist durch die Wahlniederlage der Sandinisten im Jahre 1990 jäh gestoppt worden, der Kampf um eine gerechte Gesellschaft in El Salvador wurde durch das Friedensabkommen vom Januar 1992 von der militärischen auf die politische Ebene verlagert, durch den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme im Osten sind bisher vertraute Bezugsrahmen weggefallen. Diese Veränderungen haben auch die Solidaritätsbewegungen in eine Krise geführt. Sie sind herausgefordert, sich neu zu orientieren.

Der neoliberale Umbruch

Diese Neuorientierung ist umso schwieriger angesichts der «revolutionärsten» Entwicklung der letzten Jahre, des neoliberalen Umbruchs, der weltweit als einzige Alternative gilt. Für Matthias Hui, Mitarbeiter beim Christlichen Friedensdienst (cfd), bedeutet diese Entwicklung, dass alles zur Ware wird und dass ausge-

grenzt wird, wer für das System nicht nötig ist. Davon betroffen sind vor allem Menschen in der Dritten Welt. Matthias Hui erinnerte in seinem Referat daran, dass besonders auch in Zentralamerika immer mehr Menschen aus dem sozialen Gefüge hinausgedrängt werden. Was bedeutet es unter diesen neuen Umständen, solidarisch zu sein? Matthias Hui erinnerte an ein Wort der Friedensnobelpreisträgerin, der Guatemaltekina Rigoberta Menchú, die erklärt habe, revolutionär sein bedeute zuerst einmal, «dass uns zugehört wird». Für Matthias Hui geht es in den 90er Jahren in erster Linie darum, Kontakte mit Menschen aus Zentralamerika aufrechtzuerhalten, die Beziehungen zu vertiefen, die in den letzten Jahren entstanden sind. Die kommende Zeit sei zu nutzen, um viel intensiver als bisher hinzuhören und wahrzunehmen, was die Menschen in Zentralamerika bewegt.

Sich nicht verführen lassen

Die Solidaritätsarbeit ist für den Argentinier Sergio Ferrari, der lange als Journalist in Nicaragua gearbeitet hat, nicht nur von den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre bedroht. Als ebenso zerstörerisch und gefährlich betrachtet er die Propaganda des Neoliberalismus gegen die Idee der Solidarität. Für ihn ist klar: die himmelschreienden Ungerechtigkeiten zwischen dem Norden und dem Süden sind nur aufrechtzuerhalten, wenn der Gedanke der Solidarität unterwandert wird. Dies geschehe zum ersten durch ständig wiederholte Vorurteile: die Menschen der Dritten Welt seien zu faul zum Arbeiten, sie seien zu viele (Überbevölkerung), Gewerkschaften und andere Organisationen seien zu fordernd.

Zweitens gehöre zur Propaganda gegen die Solidarität das dauernde Wiederholen der Aussage, die Solida-

ritätsbewegungen seien zu schwach, im übrigen seien die Menschen sowieso Egoisten.

Als drittes Mittel zur Schwächung der Solidarität erwähnte Ferrari die zum Teil staatlich «organisierte Solidarität» von oben. Dazu zählt er spektakuläre Material- oder Geldsammlungen oder die Intervention der USA in Somalia. Zwar seien rasche Hilfsaktionen manchmal nötig. Oft seien solche Aktionen aber «kosmetischer Natur» und täuschen über die wahren Gründe von Elend und Unrecht hinweg.

Angeregt durch die beiden Impulsreferate haben die 30 Teilnehmenden sich anschliessend intensiv über das «wie» der Solidarität in nächster Zeit Gedanken gemacht. Auch wenn vorläufig keine Konzepte vorliegen, wurde festgehalten, was sicher weitergeführt werden soll: Reisen nach Zentralamerika, Menschenrechtsarbeit durch Interventionen bei Regierungen und Militärs, die Weiterführung der Informationsarbeit in der Schweiz.

Hubert Zurkinden

Die SOCRI gibt vierteljährlich einen Rundbrief heraus, in dem über wichtige Entwicklungen in Zentralamerika berichtet wird. Bezugsadresse: SOCRI, Postfach 213, 8024 Zürich

«Die Ökonomen glauben viel mehr als die Theologen, aber sie glauben das Falsche»

Franz Hinkelammert